

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: LAG Christinnen und Christen

Beschlussdatum: 19.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Von Zeile 176 bis 179 einfügen:

Unterricht, der derzeit von Konsulaten organisiert wird, in ein staatlich verantwortetes Angebot überführen. Entsprechend dem im Grundgesetz verbürgten Recht auf Religionsunterricht setzen wir uns für eine Fortsetzung und Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts in Kooperation mit Universitäten und Hochschulen ein, um möglichst vielen muslimischen Kindern eine fundierte religiöse Bildung und Erziehung zu Mündigkeit und Toleranz zu ermöglichen. Auch im Rahmen des christlichen Religionsunterrichts richten wir den Blick auf das, was uns verbindet, indem wir verstärkt den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht fördern, der von beiden großen Kirchen getragen wird. Als Ergänzung zum konfessionellen Unterricht wollen wir das Fach Ethik stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um auch den Kindern, die nicht den Religionsunterricht besuchen, ein Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anbieten

Begründung

Dass Baden-Württemberg überhaupt islamischen Religionsunterricht anbietet, ist bereits ein großer Erfolg. Dieser Erfolg muss im Wahlprogramm benannt werden. Denn das Grundgesetz sieht das Recht eines jeden Kindes auf Religionsunterricht vor. Dieses Recht läuft für die meisten muslimischen Kindern, die an unseren Schulen längst keine kleine Minderheit mehr sind, aber weitgehend leer, weil es zu wenige Lehrkräfte gibt, die islamischen Religionsunterricht erteilen können. Der Grund dafür ist, dass die Kooperation mit dem Sunnitischen Schulrat in Baden-Württemberg als Modellprojekt läuft und sich nur schwer Studierende für ein entsprechendes Fach finden lassen, wenn die Fortführung des islamischen Religionsunterrichts nicht politisch abgesichert ist. Die Nachfrage nach islamischem Religionsunterricht an Schulen ist jedoch groß. Als Grüne leisten wir mit der weiteren Unterstützung des islamischen Religionsunterrichts einen Beitrag zur politischen Anerkennung (und überhaupt erst einmal Wahrnehmung) von muslimischen Communities, die diese immer wieder einfordern. Vor allem fördern wir aber auch die Extremismusprävention, da wissenschaftlich und schulisch eingerahmte religiöse Bildung vor dem rasant wachsenden Einfluss radikaler Prediger*innen auf Socialmedia-Plattformen wie TikTok und Instagram, aber auch zum Teil in Moscheegemeinden, schützt.

Der konfessionell-kooperative Religionsunterricht (KoKo) ist ein erprobtes Erfolgsmodell, bei dem Schüler*innen abwechselnd von evangelischen und katholischen Lehrkräften unterrichtet werden. Damit werden einerseits die sinkenden Zahlen der Kinder ernstgenommen, die den evangelischen oder katholischen Religionsunterricht besuchen und andererseits wird das Verständnis und die Einigkeit zwischen den christlichen Konfessionen bestärkt. Gerade in einer zunehmend säkularen Gesellschaft erscheint der getrennte Besuch des Religionsunterrichts den meisten Familien künstlich und nicht mehr zeitgemäß. Als Grüne sollten wir es im Sinne der Toleranzbildung

unterstützen, dass sowohl die Kirchen selbst als auch viele christlichen Familien mittlerweile vor allem das Verbindende zwischen den Konfessionen sehen und wertschätzen. Da KoKo-Unterricht bisher davon abhängt, dass Schulen diesen beantragen, sind die Schulen auf organisatorische Unterstützung angewiesen, wobei auch eine regelhafte Beantragung in Betracht gezogen werden kann.

Die bisherige Formulierung zum Ethikunterricht erweckt den Anschein als würden die Fragen nach Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben nicht auch im Religionsunterricht, sondern lediglich im Ethikunterricht behandelt werden. Dies verkennt die Bildungspläne des Religionsunterrichts, die nicht auf bloße Glaubensunterweisung, sondern gerade kritische Reflexion von Glaubenssätzen und religiöse Verantwortung in der Welt abzielen. Dabei nehmen die auch für uns Grüne zentralen Themen Frieden, Gerechtigkeit und Toleranz, aber auch die Bewahrung der Schöpfung erhebliche Teile der Bildungsziele des Religionsunterrichts ein. Die Formulierung ist dementsprechend zu schärfen.